

AKTIONSPLAN DES LANDKREISES MAINZ-BINGEN

Umsetzung der UN-Konvention
über die Rechte von Menschen
mit Behinderungen



**LANDKREIS
MAINZ-BINGEN**

Stand 10.12..2010

Gliederung

1	Ziele und Aufgaben des Aktionsplans	5
2	Selbstverständnis, Grundsätze und Leitlinien des Aktionsplans	7
3	Handlungs- bzw. Politikfelder des Aktionsplans	8
3.1	Erziehung und Bildung	8
3.2	Arbeit	12
3.3	Wohnen	17
3.4	Kultur, Freizeit und Sport	21
3.5	Gesundheit und Pflege	24
3.6	Schutz der Persönlichkeitsrechte	28
3.7	Interessenvertretung	30
3.8	Mobilität und Barrierefreiheit	33
3.9	Barrierefreie Kommunikation und Information	38
3.10	Sonstige Ziele und Maßnahmen	42
4	Umsetzungsstrukturen: Koordinierungsmechanismus und Anlaufsstelle	43

Grußwort Landrat Claus Schick und Kreisbeigeordnete Irene Alt



Ein Jahr nach dem Inkrafttreten der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Deutschland am 26. März 2009 legt der Landkreis Mainz – Bingen einen Aktionsplan zur Umsetzung der Konvention vor. Der Landkreis orientiert sich hierbei an dem Aktionsplan des Landes Rheinland – Pfalz, und möchte mit diesem Aktionsplan die Ziele der Landesregierung auf die Kreisebene herunter brechen und sich für eine Umsetzung auf der Kreisebene einsetzen.

Wir im Landkreis Mainz - Bingen begreifen die UN-Konvention als Unterstützung für unsere Politik für und mit Menschen mit Behinderungen, in deren Mittelpunkt die Teilhabe, Selbstbestimmung und Gleichstellung behinderter Menschen stehen. Mit einer Vielzahl von Maßnahmen zur Umsetzung der Konvention aus den verschiedenen Bereichen der Kreispolitik haben wir uns ehrgeizige Ziele gesetzt.

Den politischen Akteuren im Landkreis Mainz – Bingen ist insbesondere die Inklusion von Kindern mit Behinderungen von Anfang an ein wichtiges Anliegen.

Die Chancen, dass behinderte und nicht behinderte Kinder sich frühzeitig kennen und schätzen lernen, müssen voll ausgeschöpft werden, um zum Wohle aller eine Grundlage für eine funktionierende demokratische Gemeinschaft zu schaffen und das gleichberechtigte Leben behinderter Menschen mitten in unserer Gesellschaft sicher zu stellen.

Die Übergänge von der Kindertagesstätte in die Schule, zwischen den verschiedenen Schulphasen und von der Schule in den Beruf müssen so gestaltet werden, dass eine lückenlose inklusive Bildung, Freizeitgestaltung und Beschäftigung behinderter Menschen gewährleistet ist.

Wir freuen uns auf viele engagierte Mitstreiterinnen und Mitstreiter bei der Umsetzung des Aktionsplans des Landkreises Mainz - Bingen.

Claus Schick
Landrat

Irene Alt
Kreisbeigeordnete für
Jugend und Soziales

Grußwort Kreisbehindertenbeauftragter Knut Jordan



Die verabschiedete UN-Konvention in Deutschland vom vergangenen Jahr über die Rechte der Menschen mit Behinderung, wird durch die vielfältigen Aktionen und Maßnahmen, die hier im Landkreis Mainz-Bingen geplant und bereits in zahlreicher Weise in den vergangenen Jahren umgesetzt wurden, einen weiteren positiven Schub in diese Richtung erhalten.

Die strukturelle Ausgrenzung behinderter Menschen kann am besten verhindert werden, wenn eine große Zielsetzung der UN-Konvention konsequent umgesetzt wird, nämlich die Herstellung der Barrierefreiheit in allen Bereichen unserer Gesellschaft. Nicht nur die gleichberechtigte Teilhabe, Selbstbestimmung und Gleichstellung am gesellschaftlichen Geschehen wird erreicht, sondern auch die Schaffung der Voraussetzungen des gemeinsamen Begegnen von behinderten und nichtbehinderten Menschen. Hierdurch wird erreicht, dass Vorurteile abgebaut werden und der Eindruck einer scheinbaren Andersartigkeit seine Bedeutung verliert.

Deshalb ist eine „inklusive Gesellschaft“ der Weg wo wir hinkommen wollen, dass z.B. bereits im gemeinsamen Kindergarten- und später im Schulbesuch von behinderten und nichtbehinderten Kindern, die Voraussetzung geschaffen wird, für ein gleichberechtigtes Miteinander aller Mitglieder einer Gesellschaft, ganz gleich in welcher körperlichen oder geistigen Situation sich der einzelne befindet.

Die konsequente Betreuung aller öffentlichen Bauvorhaben hinsichtlich der Herstellung der Barrierefreiheit, bereits seit über 10 Jahren, ist dabei im Landkreis Mainz-Bingen ein wichtiges Beispiel von vielen Maßnahmen, die Ziele der UN-Konvention zu erfüllen.

Um diese Ziele zu erreichen ist es aber auch von großer Bedeutung, dass sich viele Menschen für diese Zielsetzungen gemeinsam einsetzen. Daher sind die fast flächendeckenden Gründungen von Behindertenbeiräten im Landkreis, zusammen mit dem Kreisbehindertenbeirat und der Funktion eines Behindertenbeauftragten, wichtige Gremien, die uns zeigen, dass nicht nur wenige an der Umsetzung unserer Zielsetzungen mitarbeiten, sondern sich ein breites Engagement von Bürgerinnen und Bürgern zeigt, um die Bedingungen behinderter Menschen zu verbessern.

Ich bin daher überzeugt, dass der dargelegte nachfolgende Aktionsplan, mit seinen unterschiedlichen Aktivitäten hier im Landkreis Mainz-Bingen, mithelfen wird, die Eckpunkte der Konvention erfolgreich umzusetzen.

Knut Jordan

Behindertenbeauftragter des
Landkreises Mainz – Bingen

1 Ziele und Aufgaben des Aktionsplans

Mit der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen wird die Politik für behinderte Menschen auf internationaler Ebene neu ausgerichtet. Die Konvention versteht Behinderung nicht länger als rein persönliches Schicksal, sondern als Wechselwirkung zwischen den Beeinträchtigungen behinderter Menschen und den Barrieren in der Gesellschaft. Sie präzisiert und ergänzt die Menschenrechte um die spezielle Perspektive von Menschen mit Behinderungen. Zu den allgemeinen Verpflichtungen des Übereinkommens gehört, dass die Menschenrechte und Grundfreiheiten allen Menschen mit Behinderungen gewährleistet werden.

Die UN-Behindertenrechtskonvention wirkt auf der gesellschaftlichen und der persönlichen Ebene. Auf der gesellschaftlichen Ebene soll jeder Mensch vor Einschränkungen seiner Freiheiten durch den Staat geschützt werden. Gleichzeitig soll die strukturelle Ausgrenzung behinderter Menschen verhindert und ihre gesellschaftliche Einbeziehung verbessert werden. „Behindert ist man nicht, behindert wird man“, sagt die UN-Konvention. Behindert wird man durch Barrieren, z.B. durch Einstiege, die zu hoch sind, durch Schriften, die zu klein sind, durch Sprache, die schwer verständlich ist, oder durch Arztpraxen, die nur über Treppen zu erreichen sind. Der Konvention kommt es darauf an, all diese Barrieren abzubauen.

Die UN-Behindertenrechtskonvention betont den Grundgedanken der vollen und wirksamen gesellschaftlichen Teilhabe und Einbeziehung. Gesellschaftliche Strukturen sollen so gestaltet und verändert werden, dass sie der realen Vielfalt unterschiedlicher Lebenssituationen – gerade auch von Menschen mit Behinderungen – besser gerecht werden.

Auch auf der individuellen Ebene überwindet die Konvention den defizitorientierten Blick auf Menschen mit Behinderungen. Auch hier entwickelt sie einen an Vielfalt orientierten Ansatz, d.h. Behinderung wird als normaler Bestandteil menschlichen Lebens und als Quelle kultureller Bereicherung verstanden.

Die Vereinten Nationen haben mit ihrer Resolution vom 13. Dezember 2006 den Text der Menschenrechtskonvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zur Ratifikation in Kraft gesetzt. Die mit der UN-Behindertenrechtskonvention verbundenen Ziele und Inhalte sollen auf möglichst allen politischen und regionalen Ebenen der Unterzeichnerstaaten realisiert werden. Die Vertragsstaaten haben sich zur Umsetzung verpflichtet.

Am 24. Januar 2008 hat der rheinland-pfälzische Landtag sich in einem einstimmig gefassten Beschluss für die Ratifizierung der Konvention durch die Bundesrepublik und für die Einbeziehung der Verbände behinderter Menschen bei der Umsetzung der Konvention ausgesprochen. Bundestag und Bundesrat haben dem Ratifikationsgesetz Ende 2008 zugestimmt. Seit dem 26. März 2009 ist die Konvention für die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich verbindlich. Das Land Rheinland – Pfalz hat am 25. März 2010 einen landesweiten Aktionsplan zur Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention vorgelegt.

Der Landkreis Mainz-Bingen hat sich zum Ziel gesetzt, die UN-Behindertenrechtskonvention analog der rheinlandpfälzischen Landesregierung mit Hilfe eines Aktionsplans umzusetzen. In dem Bewusstsein, dass nicht alle Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention sofort realisiert werden können, soll der Aktionsplan helfen, die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention schrittweise zu erreichen.

Der Aktionsplan fasst die Ziele und Maßnahmen in der Zuständigkeit des Landkreises Mainz-Bingen zusammen. Um die Vorgaben der UN-Konvention umfassend umzusetzen, beziehen sich die Ziele und Maßnahmen auf alle Lebensbereiche. Für jeden Lebensbereich führt der Aktionsplan die passenden Artikel der UN-Konvention auf, stellt eine Vision, Ziele und Maßnahmen vor. Die Maßnahmen werden durch gute Praxisbeispiele erläutert.

Der Landkreis Mainz – Bingen hat den Aktionsplan im Kreistag in seiner Sitzung am beschlossen, nachdem dieser zuvor in den Gremien des Kreisbehindertenbeirates wie auch des Sozialausschusses und in der Liga der Wohlfahrtsverbände beraten worden ist. Damit ist der Landkreis Mainz – Bingen einer der ersten Landkreise in Rheinland - Pfalz, der konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention festgelegt hat.

Der Landkreis Mainz - Bingen plant die aktive Beteiligung der Kommunen, der Kirchen, der Unternehmerverbände, der Gewerkschaften, der Medien, der Verbände von Menschen mit Behinderungen und weiterer Partnerinnen und Partner. Aber auch jede und jeder einzelne Bürger mit oder ohne Behinderung ist aufgefordert, am Kreisaktionsplan mitzuwirken. Die Vision der gleichberechtigten Teilhabe behinderter Menschen kann nicht vom Landkreis allein, sondern nur gemeinsam von allen Beteiligten mit Leben gefüllt werden.

2 Selbstverständnis, Grundsätze und Leitlinien des Aktionsplans

Der Aktionsplan des Landkreises Mainz – Bingen basiert in seiner Umsetzung auf dem Selbstverständnis, den Grundsätzen und den Leitlinien der UN-Behindertenrechtskonvention und der Charta für ein Soziales Rheinland-Pfalz – Politik für Menschen mit Behinderungen.

Entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention stehen das Recht auf Selbstbestimmung und Partizipation für behinderte Menschen und ein umfassender Diskriminierungsschutz im Mittelpunkt des Aktionsplans:

Die folgenden allgemeinen Grundsätze (Artikel 3) der UN-Behindertenrechtskonvention bilden die Leitlinie des Aktionsplans:

- die Achtung der Würde, Autonomie, Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen,
- die Nichtdiskriminierung,
- die volle Teilhabe und Einbeziehung in die Gesellschaft,
- die Achtung der Unterschiedlichkeit und Akzeptanz der Vielfalt,
- die Chancengleichheit,
- die Barrierefreiheit,
- die Gleichberechtigung von Mann und Frau,
- und die Achtung der Fähigkeiten von Kindern mit Behinderungen und ihres Rechts auf Wahrung ihrer Identität.

In diesem Sinne steht der Aktionsplan des Landkreises Mainz – Bingen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für die gleichberechtigte und chancengleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, die umfassende Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen sowie das selbstverständliche Miteinander behinderter und nicht behinderter Frauen und Männer, das von Respekt und gegenseitiger Wertschätzung ausgeht.

Der Aktionsplan des Landkreises Mainz – Bingen soll die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in allen Bereichen des Lebens vorantreiben. Die Visionen, Ziele und Maßnahmen des Aktionsplans orientieren sich daher an den grundlegenden Lebensbereichen sowie übergeordneten Querschnittsthemen, denen einzelne Artikel der UN-Behindertenrechtskonvention zugeordnet werden können. Konkretisiert werden folgende Bereiche:

Erziehung und Bildung, Arbeit, Wohnen, Kultur, Sport und Freizeit, Gesundheit und Pflege, Schutz der Persönlichkeitsrechte, Partizipation und Interessenvertretung, Mobilität und Barrierefreiheit, Barrierefreie Kommunikation und Information, und Sonstiges.

Weil Ziele und Maßnahmen dabei nicht immer trennscharf voneinander abgegrenzt werden können, gibt es inhaltliche Überschneidungen.

3 Handlungsbzw. Politikfelder des Aktionsplans

Der Landkreis Mainz – Bingen hat die Grundsätze und Leitlinien in die einzelnen Handlungsfelder analog des Landes-Aktionsplanes „übersetzt“ und den jeweiligen Politikbereichen zugeordnet. Dabei wird zunächst die Bedeutung der relevanten Grundsätze der UN-Behindertenrechtskonvention für das jeweilige Politikfeld kurz skizziert. Anschließend werden darauf bezogene Visionen formuliert und in konkrete kurz- bis mittelfristige Ziele übertragen. Daraus werden einzelne Maßnahmen abgeleitet und Zuständigkeiten sowie zeitliche Abläufe für die Umsetzung dieser Maßnahmen definiert. Die jeweiligen Fachabteilungen sind dafür zuständig, die Maßnahmen unter Einbeziehung der nachgeordneten Bereiche und ihrer Kooperationspartner umzusetzen.

3.1 Erziehung und Bildung

Artikel 7 der UN-Behindertenrechtskonvention zum **Thema Kinder mit Behinderung** regelt:

- (1) Die Vertragsstaaten treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass Kinder mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern alle Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen können.
- (2) Bei allen Maßnahmen, die Kinder mit Behinderungen betreffen, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.
- (3) Die Vertragsstaaten gewährleisten, dass Kinder mit Behinderungen das Recht haben, ihre Meinung in allen sie berührenden Angelegenheiten gleichberechtigt mit anderen Kindern frei zu äußern, wobei ihre Meinung angemessen und entsprechend ihrem Alter und ihrer Reife berücksichtigt wird, und behinderungsgerechte sowie altersgemäße Hilfe zu erhalten, damit sie dieses Recht verwirklichen können.

Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention zum **Thema Bildung** regelt:

- (1) Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen mit dem Ziel,
 - a) die menschlichen Möglichkeiten sowie das Bewusstsein der Würde und das Selbstwertgefühl des Menschen voll zur Entfaltung zu bringen und die Achtung vor den Menschenrechten, den Grundfreiheiten und der menschlichen Vielfalt zu stärken;
 - b) Menschen mit Behinderungen ihre Persönlichkeit, ihre Begabungen und ihre Kreativität sowie ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten voll zur Entfaltung bringen zu lassen;
 - c) Menschen mit Behinderungen zur wirklichen Teilhabe an einer freien Gesellschaft zu befähigen.

- (2) Bei der Verwirklichung dieses Rechts stellen die Vertragsstaaten sicher, dass
- a) Menschen mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden und dass Kinder mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom unentgeltlichen und obligatorischen Grundschulunterricht oder vom Besuch weiterführender Schulen ausgeschlossen werden;
 - b) Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem integrativen, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben;
 - c) angemessene Vorkehrungen für die Bedürfnisse des Einzelnen getroffen werden;
 - d) Menschen mit Behinderungen innerhalb des allgemeinen Bildungssystems die notwendige Unterstützung geleistet wird, um ihre erfolgreiche Bildung zu erleichtern;
 - e) in Übereinstimmung mit dem Ziel der vollständigen Integration wirksame individuell angepasste Unterstützungsmaßnahmen in einem Umfeld, das die bestmögliche schulische und soziale Entwicklung gestattet, angeboten werden.
- (3) Die Vertragsstaaten ermöglichen Menschen mit Behinderungen, lebenspraktische Fertigkeiten und soziale Kompetenzen zu erwerben, um ihre volle und gleichberechtigte Teilhabe an der Bildung und als Mitglieder der Gemeinschaft zu erleichtern. Zu diesem Zweck ergreifen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen; unter anderem
- a) erleichtern sie das Erlernen von Brailleschrift, alternativer Schrift, ergänzenden und alternativen Formen, Mitteln und Formaten der Kommunikation, den Erwerb von Orientierungs- und Mobilitätsfertigkeiten sowie die Unterstützung durch andere Menschen mit Behinderungen und das Mentoring;
 - b) erleichtern sie das Erlernen der Gebärdensprache und die Förderung der sprachlichen Identität der Gehörlosen;
 - c) stellen sie sicher, dass blinden, gehörlosen oder taubblinden Menschen, insbesondere Kindern, Bildung in den Sprachen und Kommunikationsformen und mit den Kommunikationsmitteln, die für den Einzelnen am besten geeignet sind, sowie in einem Umfeld vermittelt wird, das die bestmögliche schulische und soziale Entwicklung gestattet.
- (4) Um zur Verwirklichung dieses Rechts beizutragen, treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen zur Einstellung von Lehrkräften, einschließlich solcher mit Behinderungen, die in Gebärdensprache oder Brailleschrift ausgebildet sind, und zur Schulung von Fachkräften sowie Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen auf allen Ebenen des Bildungswesens. Diese Schulung schließt die Schärfung des Bewusstseins für Behinderungen und die Verwendung geeigneter ergänzender und alternativer Formen, Mittel und Formate der Kommunikation sowie pädagogische Verfahren und Materialien zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen ein.
- (5) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und gleichberechtigt mit Anderen Zugang zu allgemeiner Hochschulbildung, Berufsausbildung, Erwachsenenbildung und lebenslangem Lernen haben. Zu diesem Zweck stellen die Vertragsstaaten sicher, dass für Menschen mit Behinderungen angemessene Vorkehrungen getroffen werden.

Vision

Im Landkreis Mainz – Bingen besuchen Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen – soweit möglich - die gleichen Schulen wie nicht beeinträchtigte Kinder in der Gemeinde, nachdem sie zuvor möglichst gemeinsam in denselben Kindertagesstätten waren. Sie werden in ihren individuellen Stärken und Besonderheiten unterstützt und respektiert sowie durch ihr Umfeld und durch pädagogische, medizinische und therapeutische Begleitung gefördert. Schulen mit Förderschwerpunkten bilden auch weiterhin ein Standbein in der schulischen Versorgung von Kindern mit Behinderung. Der Landkreis Mainz – Bingen setzt verstärkt auch auf Bildungsangebote für erwachsene Menschen mit Behinderungen.

Ziele

Kinder mit Behinderungen sollen von Anfang an in ihrer Entwicklung gefördert und gestärkt werden. Eine umfassende Unterstützung in den regulären Institutionen, wie Kindertagesstätten und Schulen, ist daher anzustreben. Einzelintegrationen in die Kindertagesstätte und Schule ist der Vorrang zu geben vor der Eingliederung in integrative Einrichtungen oder Fördereinrichtungen. Die Eltern der Kinder mit Behinderungen sollen in gemeinsamen Gesprächen die Einrichtung wählen können, die für ihr Kind am besten geeignet ist. Erwachsene Menschen mit den verschiedensten Beeinträchtigungen sollen Bildungsmaßnahmen in unterschiedlicher Trägerschaft mit unmittelbar arbeitsbezogenen Inhalten wie auch in hohem Maße persönlichkeitsförderliche Bildungsmaßnahmen angeboten bekommen. Dadurch sollen auch die Teilhabemöglichkeiten der erwachsenen Menschen mit Behinderung am Leben in der Gesellschaft verbessert werden.

Maßnahmen

Zum Erreichen dieser Ziele werden im Landkreis Mainz-Bingen folgende Maßnahmen (mit entsprechender Zuständigkeit und Zeitvorgabe) festgelegt:

Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeitlicher Rahmen	Gute Beispiele
Einzelintegration von Kindern mit Behinderungen in die Regelkindertagesstätten	Sozialamt, FB Eingliederungshilfe Jugendamt, FB Soziale Dienste, Gesundheitsamt, FB Jugend- und Schulärztlicher Dienst	kontinuierlich	49 Leistungsberechtigte nach SGB XII 4 Leistungsberechtigte nach SGB VIII
Internes Ablaufschema zur Einzelintegration in die Kindertagesstätte	Sozialamt, FB Eingliederungshilfe Jugendamt, FB Soziale Dienste,	kontinuierlich seit 2009	
Einzelintegration von Kindern mit Behinderungen in die Regelschulen	Sozialamt, FB Eingliederungshilfe Jugendamt, FB Soziale Dienste, Gesundheitsamt, FB Jugend- und Schulärztlicher Dienst	kontinuierlich	67 Leistungsberechtigte nach SGB XII 8 Leistungsberechtigte nach SGB VIII
Erstellung einer Arbeitshilfe zur Inklusion von Kindern mit Behinderungen in alle Schulformen	Sozialamt, FB Eingliederungshilfe Jugendamt, FB Soziale Dienste, ADD, Schulpsych. Dienst, Gesundheitsamt, FB Jugend- und Schulärztlicher Dienst	Sommer 2010	Stadt Koblenz
Einrichtung weiterer Schwerpunktschulen	Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Schulträger	kontinuierlich	Zusätzlich zu den 8 vorhandene neu in 2010 Grundschule Dienheim

Bedarfsgerechte Ausstattung aller kreiseigenen Förderschulen und Schwerpunktschulen	Abteilung Schulen und Gebäudemanagement, FB Gebäudemanagement	kontinuierlich	
Ambulante wohnortnahe Entlastungsangebote für Familien mit Kindern mit Behinderungen (Einzelangebote, Spielgruppen, Ferienspiele, Standort: Jugendheim)	Sozialamt, FB Eingliederungshilfe, Nieder-Ramstädter Diakonie (NRD)	kontinuierlich	
Pädagogische Einzel- und Gruppenangebote nach dem TEACCH-Konzept für Menschen mit autistischen Behinderungen (Vermittlung von Kompetenzen im Umgang mit Zielgruppe; Eltern / KiGA / Schule)	Sozialamt, Fachbereich Eingliederungshilfe Team Autismus	kontinuierlich	
Umwandlung der Förderkita "Mittendrin" mit vier heilpädagogischen Gruppen in mehrere integrative Gruppen in Ingelheim und Wolfsheim und Einzelintegration in der wohnortnahen Kita	Sozialamt, Fachbereich Eingliederungshilfe Kreisbeigeordnete Jugend + Soziales, Caritas	Sommer 2011	
Barrierefreier Ausbau der Schulen in Trägerschaft des Landkreises Mainz-Bingen durch den Einbau von Aufzügen und die Errichtung von Anrampungen. Diese Maßnahmen sind bei Neubauten Standard und werden bei Bestandsgebäuden nachträglich umgesetzt. Bis auf das Gymnasium Bingen (Altbau) sind alle Schulen barrierefrei ausgestattet. Die Albert-Schweitzer Schule erhält im Rahmen des Erweiterungsbaus einen Aufzug.	Abteilung Schulen und Gebäudemanagement Fachbereich Gebäudemanagement Kreisbeigeordneter für Bauen und Schulen	kontinuierlich Sommer 2012	
Bildungsmaßnahmen für erwachsene Menschen mit Behinderung	verschiedene Anbieter innerhalb und außerhalb von Einrichtungen		

3.2 Arbeit

Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention zum **Thema Arbeit und Beschäftigung** regelt:

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf Arbeit; dies beinhaltet das Recht auf die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die in einem offenen, integrativen und für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld frei gewählt oder angenommen wird. Die Vertragsstaaten sichern und fördern die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, einschließlich für Menschen, die während der Beschäftigung eine Behinderung erwerben, durch geeignete Schritte, einschließlich des Erlasses von Rechtsvorschriften, um unter anderem:

a) Diskriminierung aufgrund von Behinderung in allen Angelegenheiten im Zusammenhang mit einer Beschäftigung gleich welcher Art, einschließlich der Auswahl-, Einstellungs- und Beschäftigungsbedingungen, der Weiterbeschäftigung, des beruflichen Aufstiegs sowie sicherer und gesunder Arbeitsbedingungen, zu verbieten;

b) das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf gerechte und günstige Arbeitsbedingungen, einschließlich Chancengleichheit und gleichen Entgelts für gleichwertige Arbeit, auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, einschließlich Schutz vor Belästigungen, und auf Abhilfe bei Missständen zu schützen;

c) zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen ihre Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte gleichberechtigt mit anderen ausüben können;

d) Menschen mit Behinderungen wirksamen Zugang zu allgemeinen fachlichen und beruflichen Beratungsprogrammen, Stellenvermittlung sowie Berufsausbildung und Weiterbildung zu ermöglichen;

e) für Menschen mit Behinderungen Beschäftigungsmöglichkeiten und beruflichen Aufstieg auf dem Arbeitsmarkt sowie die Unterstützung bei der Arbeitssuche, beim Erhalt und der Beibehaltung eines Arbeitsplatzes und beim beruflichen Wiedereinstieg zu fördern;

f) Möglichkeiten für Selbstständigkeit, Unternehmertum, die Bildung von Genossenschaften und die Gründung eines eigenen Geschäfts zu fördern;

g) Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Sektor zu beschäftigen;

h) die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen im privaten Sektor durch geeignete Strategien und Maßnahmen zu fördern, wozu auch Programme für positive Maßnahmen, Anreize und andere Maßnahmen gehören können;

i) sicherzustellen, dass am Arbeitsplatz angemessene Vorkehrungen für Menschen mit Behinderungen getroffen werden;

j) das Sammeln von Arbeitserfahrung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt durch Menschen mit Behinderungen zu fördern;

k) Programme für die berufliche Rehabilitation, den Erhalt des Arbeitsplatzes und den beruflichen Wiedereinstieg von Menschen mit Behinderungen zu fördern.

(2) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass Menschen mit Behinderungen nicht in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden und dass sie gleichberechtigt mit anderen vor Zwangs- oder Pflichtarbeit geschützt werden.

Vision

Im Landkreis Mainz-Bingen arbeiten behinderte Menschen gemeinsam mit nicht behinderten Menschen in Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarkts. Die berufliche Ausbildung und der Übergang von der Schule in das Arbeitsleben sind an den persönlichen Stärken und Zielen ausgerichtet. Die Ausbildung findet in regulären Betrieben statt. Menschen mit Behinderungen und Betriebe werden von kompetenten Stellen beraten und unterstützt. Behinderte Menschen können durch ihre Beschäftigung ein Einkommen erzielen, das ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Sie können nach ihren Möglichkeiten die gleichen Chancen und Risiken im beruflichen Leben eingehen, wie sie nicht behinderten Menschen auch zugestanden werden. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber nehmen ihre soziale Verantwortung, behinderte Menschen zu beschäftigen, wahr und sehen deren Potenziale für ihre Unternehmen.

Ziele

Menschen mit Behinderungen sollen stärker als bisher auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt werden. Das kurz- bis mittelfristige Ziel des Landkreises Mainz - Bingen ist demnach, die Beschäftigungsquote behinderter Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu erhöhen. Dazu müssen die Regelungen zur Barrierefreiheit an Arbeitsstätten sowie von Dienstgebäuden verbessert und Alternativen zur Beschäftigung in Werkstätten für behinderte Menschen geschaffen werden, wie das Budget für Arbeit und der Ausbau von Integrationsfirmen.

Dazu wird auch vom Landkreis Mainz-Bingen eine individuelle und passgenaue Förderung behinderter Menschen beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf sowie in der Berufsausbildung beim Ausbildungs- und Berufsabschluss angestrebt, was unter anderem Barrierefreiheit in Schulen und Weiterbildungsstätten erfordert.

Wichtig ist immer zu betrachten, welche Fähigkeiten, welche Interessen, welche Beeinträchtigungen, welchen Teilhabebedarf hat ein beeinträchtigter Mensch, und wie kann er in seiner derzeitigen Situation die bestmögliche Unterstützung erhalten. Hierzu ist es wichtig, dass verschiedene Alternativen gleichwertig nebeneinander stehen. Ziel muss es sein für jeden Mensch die für ihn bestmögliche Form der Teilhabe am Arbeitsleben zu finden wird, und dass zwischen gleichwertigen Alternativen einfach gewechselt werden kann. Die Verbesserung der Durchlässigkeit der Systeme ist hier die größte Herausforderung.

Maßnahmen

Zum Erreichen dieser Ziele werden vom Landkreis Mainz-Bingen folgende Maßnahmen (mit entsprechender Zuständigkeit und Zeitvorgabe) festgelegt:

Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeitlicher Rahmen	Gute Beispiele
Aufbau von Integrationsbetrieben im Landkreis Mainz-Bingen Obs kocht in der IGS in Sprendlingen	Abteilung Schulen Sozialamt: beide Fachbereiche Kreisbeigeordnete Jugend + Soziales, Caritas, Abteilung Schulen und Gebäudemanagement	Sommer 2011	Strandgaststätte in Oppenheim CAP-Markt in Jugenheim
Aufbau von Integrationsbetrieben im Landkreis Mainz-Bingen CAP-Markt Sprendlingen	Sozialamt: beide Fachbereiche Kreisbeigeordnete Jugend + Soziales Lernen fördern e.V. Gemeinde Sprendlingen	Sommer 2010	
Differenzierung von Beschäftigungsangeboten in WfbMs (Außenarbeitsplätze, „Budget für Arbeit“)	Sozialamt, Fachbereich Eingliederungshilfe ZOAR WFB Gpe, WFB Fertigung & Service	kontinuierlich	
Differenzierte arbeitsbezogene Bildungsangebote für Menschen unterschiedlichster Beeinträchtigung, auch für schwerstbehinderte Menschen	u.a. Kreuznacher Diakonie, WFB Fertigung & Service	kontinuierlich	
Ausbau tagesstrukturierender Angebote für Menschen, die keine WfbM besuchen, wohnortnaher Ausbau	Sozialamt, Fachbereich Eingliederungshilfe Gesundheitsamt, FB Psychiatriekoordination/ Sozialpsychiatrischer Dienst, ZOAR, Bethesda St. Martin, WFB Fertigung & Service , Lebenshilfe, Gemeindepsychiatrischer Verbund	kontinuierlich Sommer 2010	Tagesstrukturierende Maßnahmen in Heidesheim und in Bacharach

Aufbau und Entwicklung von Beschäftigungsangeboten für Menschen mit psychischen Erkrankungen/Behinderungen	Sozialamt, Fachbereich Eingliederungshilfe Gesundheitsamt, FB Psychiatriekoordination/ Sozialpsychiatrischer Dienst, Gemeindepsychiatrischer Verbund	kontinuierlich	
Enge Kooperation mit dem Integrationsfachdienst (IFD)	IFD Rheinhessen beim ZSL Mainz e.V. Kreisbeigeordnete Jugend + Soziales	kontinuierlich	Vermittlung von Menschen mit Behinderung in Arbeit
Enge Kooperation mit Trägern der Behindertenhilfe mit dem Ziel der Arbeitsvermittlung schwerbehinderter Menschen	WfbM, GPE, ZOAR, Kreisbeigeordnete Jugend + Soziales	kontinuierlich	Vermittlung von Menschen mit Behinderung in Arbeit, z.B. in den hauswirtschaftlichen Bereich von Kitas
Übergang von behinderten jungen Menschen von Schule in Beruf	Arbeitsagentur – Berufsberatung, ZSL, Kreisbeigeordnete Jugend + Soziales Unterstützte Beschäftigung - gpe	kontinuierlich	ASS – Ausbildungswege Schwerbehinderter Schüler/innen
Berufliche Rehabilitationsmaßnahmen für psychisch kranke und behinderte Menschen	Arbeitsagentur, Zentrum für Arbeitsmarktintegration gpe	kontinuierlich	Maßnahmen gpe

3.3 Wohnen

Artikel 19 der UN-Behindertenrechtskonvention zum **Thema Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft** regelt:

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens anerkennen das gleiche Recht aller Menschen mit Behinderungen, mit gleichen Wahlmöglichkeiten wie andere Menschen in der Gemeinschaft zu leben, und treffen wirksame und geeignete Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen den vollen Genuss dieses Rechts und ihre volle Einbeziehung in die Gemeinschaft und Teilhabe an der Gemeinschaft zu erleichtern, indem sie unter anderem gewährleisten, dass

a) Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt die Möglichkeit haben, ihren Aufenthaltsort zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben, und nicht verpflichtet sind, in besonderen Wohnformen zu leben;

b) Menschen mit Behinderungen Zugang zu einer Reihe von gemeindenahen Unterstützungsdiensten zu Hause und in Einrichtungen sowie zu sonstigen gemeindenahen Unterstützungsdiensten haben, einschließlich der persönlichen Assistenz, die zur Unterstützung des Lebens in der Gemeinschaft und der Einbeziehung in die Gemeinschaft sowie zur Verhinderung von Isolation und Absonderung von der Gemeinschaft notwendig ist;

c) gemeindenahen Dienstleistungen und Einrichtungen für die Allgemeinheit Menschen mit Behinderungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zur Verfügung stehen und ihren Bedürfnissen Rechnung tragen.

Artikel 23 der UN-Behindertenrechtskonvention zum **Thema Wohnen und Familie** regelt:

(1) Die Vertragsstaaten treffen wirksame und geeignete Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit anderen in allen Fragen, die Ehe, Familie, Elternschaft und Partnerschaften betreffen, um zu gewährleisten, dass

a) das Recht aller Menschen mit Behinderungen im heiratsfähigen Alter, auf der Grundlage des freien und vollen Einverständnisses der künftigen Ehegatten eine Ehe zu schließen und eine Familie zu gründen, anerkannt wird;

b) das Recht von Menschen mit Behinderungen auf freie und verantwortungsbewusste Entscheidung über die Anzahl ihrer Kinder und die Geburtenabstände sowie auf Zugang zu altersgemäßer Information sowie Aufklärung über Fortpflanzung und Familienplanung anerkannt wird und ihnen die notwendigen Mittel zur Ausübung dieser Rechte zur Verfügung gestellt werden;

c) Menschen mit Behinderungen, einschließlich Kindern, gleichberechtigt mit anderen ihre Fruchtbarkeit behalten.

(2) Die Vertragsstaaten gewährleisten die Rechte und Pflichten von Menschen mit Behinderungen in Fragen der Vormundschaft, Pflegschaft, Personen- und Vermögenssorge, Adoption von Kindern oder ähnlichen Rechtsinstituten, soweit das innerstaatliche Recht solche kennt; in allen Fällen ist das Wohl des Kindes ausschlaggebend. Die Vertragsstaaten unterstützen Menschen mit Behinderungen in angemessener Weise bei der Wahrnehmung ihrer elterlichen Verantwortung.

(3) Die Vertragsstaaten gewährleisten, dass Kinder mit Behinderungen gleiche Rechte in Bezug auf das Familienleben haben. Zur Verwirklichung dieser Rechte und mit dem Ziel, das Verbergen, das Aussetzen, die Vernachlässigung und die Absonderung von Kindern mit Behinderungen zu verhindern, verpflichten sich die Vertragsstaaten, Kindern mit Behinderungen und ihren Familien frühzeitig umfassende Informationen, Dienste und Unterstützung zur Verfügung zu stellen.

(4) Die Vertragsstaaten gewährleisten, dass ein Kind nicht gegen den Willen seiner Eltern von diesen getrennt wird, es sei denn, dass die zuständigen Behörden in einer gerichtlich nachprüfaren Entscheidung nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften und Verfahren bestimmen, dass diese Trennung zum Wohl des Kindes notwendig ist. In keinem Fall darf das Kind aufgrund einer Behinderung entweder des Kindes oder eines oder beider Elternteile von den Eltern getrennt werden.

(5) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, in Fällen, in denen die nächsten Familienangehörigen nicht in der Lage sind, für ein Kind mit Behinderungen zu sorgen, alle Anstrengungen zu unternehmen, um andere Formen der Betreuung innerhalb der weiteren Familie und, falls dies nicht möglich ist, innerhalb der Gemeinschaft in einem familienähnlichen Umfeld zu gewährleisten.

Vision

Im Landkreis Mainz - Bingen wohnen und leben Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt, barrierefrei und integriert in der Gemeinde. Sie erhalten eine an ihren individuellen Bedürfnissen und Zielen ausgerichtete Unterstützung, die unkompliziert und flexibel gewährt wird. Behinderten Menschen steht neben verschiedenen kleinen Wohnformen ein vielfältiges Angebot an Unterstützung zur Verfügung, das kombiniert werden kann.

Ziele

Der Landkreis will mittelfristig mehr barrierefreien Wohnraum schaffen. Zugangsbarrieren zu bedarfsgerechten Teilhabeleistungen für Menschen mit Behinderungen müssen reduziert werden. Kleinere, gemeindezentrierte Wohnmöglichkeiten sollen Plätze in Komplexeinrichtungen ersetzen.

Maßnahmen

Zum Erreichen dieser Ziele werden vom Landkreis Mainz-Bingen folgende Maßnahmen (mit entsprechender Zuständigkeit und Zeitvorgabe) festgelegt:

Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeitlicher Rahmen	Gute Beispiele
Wohnen ambulant und regional, Dezentralisierung von Wohnformen, Kleine Wohnformen in Heidesheim, Bingen und Ingelheim	Sozialamt: beide Fachbereiche Kreisbeigeordnete Jugend + Soziales Gesundheitsamt, FB Psychiatriekoordination/ Sozialpsychiatrischer Dienst, Kreuznacher Diakonie, ZOAR, NRD, Gemeindepsychiatrischer Verbund	Sommer 2011	ZOAR Heidesheim für 6 psychisch kranke, junge Menschen (Schnittstelle SGB VIII/ SGB XII, Mehrfachbeeinträchtigung)
Wohnen ambulant und regional, Wohnen in WGs	Kreisbeigeordnete Jugend + Soziales Sozialamt: beide Fachbereiche, WFB Fertigung & Service Caritas, Lebenshilfe	Kontinuierlich	3er-WG in Nieder-Olm, 4er-WG in Zornheim, 3er-WG in Ingelheim, 6er-WG in Bingen (Caritas) u. Budenheim (Lebenshilfe)
Wohnen ambulant und regional, Wohnen in WGs – struktureller Aufbau von Angeboten in Bingen u. Umgebung	Kreisbeigeordnete Jugend + Soziales Sozialamt: beide Fachbereiche NRD	Sommer 2011	
Ambulante Wohnmöglichkeit (WG) für Menschen mit schweren Körper- und Mehrfachbehinderungen in Ingelheim	Kreisbeigeordnete Jugend + Soziales Sozialamt: beide Fachbereiche Caritas,	Sommer 2011	
Ambulante Wohnmöglichkeiten (WGs) für Menschen mit Demenzerkrankung	Kreisbeigeordnete Jugend + Soziales Sozialamt: beide Fachbereiche, Gesundheitsamt, FB Psychiatriekoordination/ Sozialpsychiatrischer Dienst	Sommer 2011	

Wohnen ambulant und regional Einzelwohnen in eigener Wohnung	Kreisbeigeordnete Jugend + Soziales Sozialamt: beide Fachbereiche, unterschiedliche Anbieter	Kontinuierlich	
Installierung einer Wohnungsbörse für barrierefreie Wohnungen	ZSL -Zentrum für Selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen Mainz e.V.	Juni 2010	VG Bodenheim 2007 VG Nieder – Olm 2010

3.4 Kultur, Freizeit und Sport

Artikel 30 der UN-Behindertenrechtskonvention zum **Thema Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport** regelt:

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen, gleichberechtigt mit anderen am kulturellen Leben teilzunehmen, und treffen alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen

a) Zugang zu kulturellem Material in zugänglichen Formaten haben;

b) Zugang zu Fernsehprogrammen, Filmen, Theatervorstellungen und anderen kulturellen Aktivitäten in zugänglichen Formaten haben;

c) Zugang zu Orten kultureller Darbietungen oder Dienstleistungen, wie Theatern, Museen, Kinos, Bibliotheken und Tourismusdiensten, sowie, so weit wie möglich, zu Denkmälern und Stätten von nationaler kultureller Bedeutung haben.

(2) Die Vertragsstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit zu geben, ihr kreatives, künstlerisches und intellektuelles Potenzial zu entfalten und zu nutzen, nicht nur für sich selbst, sondern auch zur Bereicherung der Gesellschaft.

(3) Die Vertragsstaaten unternehmen alle geeigneten Schritte im Einklang mit dem Völkerrecht, um sicherzustellen, dass Gesetze zum Schutz von Rechten des geistigen Eigentums keine ungerechtfertigte oder diskriminierende Barriere für den Zugang von Menschen mit Behinderungen zu kulturellem Material darstellen.

(4) Menschen mit Behinderungen haben gleichberechtigt mit anderen Anspruch auf Anerkennung und Unterstützung ihrer spezifischen kulturellen und sprachlichen Identität, einschließlich der Gebärdensprachen und der Gehörlosenkultur.

(5) Mit dem Ziel, Menschen mit Behinderungen die gleichberechtigte Teilnahme an Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten zu ermöglichen, treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen,

a) um Menschen mit Behinderungen zu ermutigen, so umfassend wie möglich an Breitensportlichen Aktivitäten auf allen Ebenen teilzunehmen, und ihre Teilnahme zu fördern;

b) um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit haben, behinderungsspezifische Sport- und Erholungsaktivitäten zu organisieren, zu entwickeln und an solchen teilzunehmen, und zu diesem Zweck die Bereitstellung eines geeigneten Angebots an Anleitung, Training und Ressourcen auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit anderen zu fördern;

c) um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen Zugang zu Sport-, Erholungs- und Tourismusstätten haben;

d) um sicherzustellen, dass Kinder mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern an Spiel-, Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten teilnehmen können, einschließlich im schulischen Bereich;

e) um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen Zugang zu Dienstleistungen der Organisatoren von Erholungs-, Tourismus-, Freizeit- und Sportaktivitäten haben.

Vision

Im Landkreis Mainz – Bingen sind behinderte Menschen aktive Mitglieder in Vereinen, sie nehmen an kulturellen Veranstaltungen teil und nutzen Freizeit- sowie Sportangebote. Sie sind als Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens selbstverständlich einbezogen und respektiert.

Ziele

Das Ziel des Landkreises Mainz - Bingen ist die gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen am kulturellen Leben, in den Bereichen Umwelt und Naturschutz, Tourismus und Sport.

Maßnahmen

Zum Erreichen dieser Ziele wird im Landkreis Mainz-Bingen folgende Maßnahme (mit entsprechender Zuständigkeit und Zeitvorgabe) festgelegt:

Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeitlicher Rahmen	Gute Beispiele
Merkblatt „Barrierefreie Wanderwege“	Kreisbehinderten - beauftragter Kreisdienste	Sommer 2010	
Ausbau von außerschulischen Freizeitangeboten, z.B. in Oppenheim und Bingen	Kreisbeigeordnete Jugend + Soziales	2. Halbjahr 2010	Donnerclub Bodenheim, Powerclub + 18 Plus Nieder-Olm, Sportgruppe für behinderte Kinder, Gau-Bischofsheim
Aufbau von weiteren Freizeitangebote für Familien mit Kindern mit Behinderungen	Kreisbeigeordnete Jugend + Soziales, Kooperationspartner	2011	Tiergarten e.V. Oppenheim mit Streichelzoo und therapeutischem Reiten etc.
Familienentlastende Dienste	Sozialamt, Fachbereich Eingliederungshilfe, Lebenshilfe, Familienzeit GmbH, Nieder-Ramstädter Diakonie, Verein für Körper – und Mehrfachbehinderte	kontinuierlich	Individuelle Angebote, Gruppenangebote, Freizeitmaßnahmen
Entlastung von Familien und Alleinerziehenden durch ehrenamtliche Patenprojekte	Kreisbeigeordnete Jugend + Soziales Bürgerstiftung Rheinhessen	Sommer 2010	Zeitschenkerprojekt

3.5 Gesundheit und Pflege

Artikel 25 der UN-Behindertenrechtskonvention zum **Thema Gesundheit** regelt:

Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit ohne Diskriminierung aufgrund von Behinderung. Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen Zugang zu geschlechtsspezifischen Gesundheitsdiensten, einschließlich gesundheitlicher Rehabilitation, haben. Insbesondere

a) stellen die Vertragsparteien Menschen mit Behinderungen eine unentgeltliche oder erschwingliche Gesundheitsversorgung in derselben Bandbreite, von derselben Qualität und auf demselben Standard zur Verfügung wie anderen Menschen, einschließlich sexual- und fortpflanzungsmedizinischer Gesundheitsleistungen und der Gesamtbevölkerung zur Verfügung stehender Programme des öffentlichen Gesundheitswesens;

b) bieten die Vertragsstaaten die Gesundheitsleistungen an, die von Menschen mit Behinderungen speziell wegen ihrer Behinderungen benötigt werden, soweit angebracht, einschließlich Früherkennung und Frühintervention, sowie Leistungen, durch die, auch bei Kindern und älteren Menschen, weitere Behinderungen möglichst gering gehalten oder vermieden werden sollen;

c) bieten die Vertragsstaaten diese Gesundheitsleistungen so gemeindenah wie möglich an, auch in ländlichen Gebieten;

d) erlegen die Vertragsstaaten den Angehörigen der Gesundheitsberufe die Verpflichtung auf, Menschen mit Behinderungen eine Versorgung von gleicher Qualität wie anderen Menschen angedeihen zu lassen, namentlich auf der Grundlage der freien Einwilligung nach vorheriger Aufklärung, indem sie unter anderem durch Schulungen und den Erlass ethischer Normen für die staatliche und private Gesundheitsversorgung das Bewusstsein für die Menschenrechte, die Würde, die Autonomie und die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen schärfen;

e) verbieten die Vertragsstaaten die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen in der Krankenversicherung und in der Lebensversicherung, soweit eine solche Versicherung nach innerstaatlichem Recht zulässig ist; solche Versicherungen sind zu fairen und angemessenen Bedingungen anzubieten;

f) verhindern die Vertragsstaaten die diskriminierende Vorenthaltung von Gesundheitsversorgung oder -leistungen oder von Nahrungsmitteln und Flüssigkeiten aufgrund von Behinderung.

Vision

In Rheinland-Pfalz können behinderte Menschen wohnortnah Angebote gesundheitlicher Versorgung und therapeutische Angebote nutzen wie jede und jeder andere auch. Dabei wird auf die spezifischen Belange aufgrund der individuellen Beeinträchtigung Rücksicht genommen. Diese Vision gilt auch für den Bereich der Pflege.

Ziele

Das Ziel der Landesregierung ist, möglichst eine flächendeckende, wohnortnahe, barrierefreie und niedrighschwellige Gesundheitsversorgung für Menschen mit und ohne Behinderung sicherzustellen. Das hohe Leistungsniveau im Gesundheitswesen einschließlich der besonderen Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderung wollen wir aufrecht erhalten und weiter entwickeln. Außerdem wird die Landesregierung die Partizipation von Betroffenen durch erweiterte Mitwirkungsrechte in Fragen der gesundheitlichen Versorgung stärken und die Selbsthilfeförderung auf hohem Niveau fortsetzen.

Maßnahmen

Zum Erreichen dieser Ziele werden im Landkreis Mainz-Bingen folgende Maßnahmen (mit entsprechender Zuständigkeit und Zeitvorgabe) festgelegt:

Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeitlicher Rahmen	Gute Beispiele
Selbstbestimmt Leben mit persönlicher Assistenz - Arbeitgebermodell	Sozialamt: beide Fachbereiche	kontinuierlich	5 Einzelfälle
Informationsveranstaltung zu den Möglichkeiten der persönlichen Assistenz im Arbeitgebermodell	Behindertenbeirat Kreisbeigeordnete Jugend + Soziales Sozialamt: beide Fachbereiche	Zweites Halbjahr 2010	
Aufbau von gerontopsychiatrisch-geriatrischen Tagesstätten in Bingen, Oppenheim und Umgebung	Sozialamt: beide Fachbereiche, Gesundheitsamt, FB Psychiatriekoordination/ Sozialpsychiatrischer Dienst, Rheinessen Fachklinik Alzey	Sommer 2011	
Aufbau einer Kontakt- und Informationsstelle für psychisch Erkrankte/Behinderte in Oppenheim und Umgebung	Gesundheitsamt, FB Psychiatriekoordination/ Sozialpsychiatrischer Dienst, Rheinessen Fachklinik Alzey, Gemeindepsychiatrischer Verbund	Sommer 2011	
Auf- und Ausbau von niedrighschwelligen Betreuungsangeboten und Modellprojekten nach § 45c SGB XI	Gesundheitsamt, FB Psychiatriekoordination/ Sozialpsychiatrischer Dienst,	kontinuierlich	5 Betreuungsangebote Modellprojekt „Netzwerk Demenz“

<p>Auf- und Ausbau einer Versorgungs- und Hilfestruktur für Kinder psychisch kranker Eltern, Geleitete Gruppen für Kinder psychisch kranker Eltern</p>	<p>Jugendamt, Fachbereich ASD, Sozialamt, Fachbereich Eingliederungshilfe Gesundheitsamt, beide Fachbereiche, Gemeindepsychiatrischer Verbund</p>	<p>kontinuierlich</p>	<p>Gemeinsamer Workshop Jugend, Soziales und Gesundheit</p>
<p>Ausbau geleiteter Gruppen für seelische Gesundheit, Gruppe in Oppenheim und Umgebung</p>	<p>Gesundheitsamt, FB Psychiatriekoordination Sozialpsychiatrischer Dienst, Caritas, Diakonie, Gemeindepsychiatrischer Verbund</p>	<p>kontinuierlich</p>	<p>Gruppen in Bingen und Ingelheim</p>

3.6 Schutz der Persönlichkeitsrechte

Artikel 12 der UN-Behindertenrechtskonvention zum **Thema Gleiche Anerkennung vor dem Recht** regelt:

(1) Die Vertragsstaaten bekräftigen, dass Menschen mit Behinderungen das Recht haben, überall als Rechtssubjekt anerkannt zu werden.

(2) Die Vertragsstaaten anerkennen, dass Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen gleichberechtigt mit anderen Rechts- und Handlungsfähigkeit genießen.

(3) Die Vertragsstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen Zugang zu der Unterstützung zu verschaffen, die sie bei der Ausübung ihrer Rechts- und Handlungsfähigkeit gegebenenfalls benötigen.

(4) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass zu allen die Ausübung der Rechts- und Handlungsfähigkeit betreffenden Maßnahmen im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsnormen geeignete und wirksame Sicherungen vorgesehen werden, um Missbräuche zu verhindern. Diese Sicherungen müssen gewährleisten, dass bei den Maßnahmen betreffend die Ausübung der Rechts- und Handlungsfähigkeit die Rechte, der Wille und die Präferenzen der betreffenden Person geachtet werden, es nicht zu Interessenkonflikten und missbräuchlicher Einflussnahme kommt, dass die Maßnahmen verhältnismäßig und auf die Umstände der Person zugeschnitten sind, dass sie von möglichst kurzer Dauer sind und dass sie einer regelmäßigen Überprüfung durch eine zuständige, unabhängige und unparteiische Behörde oder gerichtliche Stelle unterliegen. Die Sicherungen müssen im Hinblick auf das Ausmaß, in dem diese Maßnahmen die Rechte und Interessen der Person berühren, verhältnismäßig sein.

(5) Vorbehaltlich dieses Artikels treffen die Vertragsstaaten alle geeigneten und wirksamen Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen das gleiche Recht wie andere haben, Eigentum zu besitzen oder zu erben, ihre finanziellen Angelegenheiten selbst zu regeln und gleichen Zugang zu Bankdarlehen, Hypotheken und anderen Finanzkrediten zu haben, und gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen nicht willkürlich ihr Eigentum entzogen wird.

Artikel 13 der UN-Behindertenrechtskonvention zum **Thema Zugang zur Justiz** regelt:

(1) Die Vertragsstaaten gewährleisten Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen wirksamen Zugang zur Justiz, unter anderem durch verfahrensbezogene und altersgemäße Vorkehrungen, um ihre wirksame unmittelbare und mittelbare Teilnahme, einschließlich als Zeugen und Zeuginnen, an allen Gerichtsverfahren, auch in der Ermittlungsphase und in anderen Vorverfahrensphasen, zu erleichtern.

(2) Um zur Gewährleistung des wirksamen Zugangs von Menschen mit Behinderungen zur Justiz beizutragen, fördern die Vertragsstaaten geeignete Schulungen für die im Justizwesen tätigen Personen, einschließlich des Personals von Polizei und Strafvollzug.

Artikel 14 der UN-Behindertenrechtskonvention zum **Thema Freiheit und Sicherheit** regelt:

(1) Die Vertragsstaaten gewährleisten,

a) dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen das Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit genießen;

b) dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen die Freiheit nicht rechtswidrig oder willkürlich entzogen wird, dass jede Freiheitsentziehung im Einklang mit dem Gesetz erfolgt und dass das Vorliegen einer Behinderung in keinem Fall eine Freiheitsentziehung rechtfertigt.

(2) Die Vertragsstaaten gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen, denen aufgrund eines Verfahrens ihre Freiheit entzogen wird, gleichberechtigten Anspruch auf die in den internationalen Menschenrechtsnormen vorgesehenen Garantien haben und im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen dieses Übereinkommens behandelt werden, einschließlich durch die Bereitstellung angemessener Vorkehrungen.

Darüber hinaus regeln die **Artikel 15** (Freiheit von Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe), **Artikel 16** (Freiheit von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch), **Artikel 17** (Schutz der Unversehrtheit der Person) und **Artikel 18** (Freizügigkeit und Staatsangehörigkeit) Rechte für Menschen mit Behinderungen in diesem Bereich.

Vision

Im Landkreis Mainz - Bingen werden behinderte Menschen respektiert und wertgeschätzt. Die Gesellschaft akzeptiert Leben mit Behinderung und unterstützt Eltern behinderter Kinder von Anfang an.

Ziele

Das übergeordnete Ziel des Landkreises Mainz - Bingen ist, das gesellschaftliche Bewusstsein über Rechte und Fähigkeiten sowie die Belange behinderter Menschen zu fördern. Der Landkreis will die Akzeptanz von Menschen mit Behinderungen steigern, indem er Tabus über Behinderungen abbaut und Diskriminierungen bekämpft.

3.7 Interessenvertretung

Artikel 4 Absatz 3 (Allgemeine Verpflichtungen) der UN-Behindertenrechtskonvention regelt:

Bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Rechtsvorschriften und politischen Konzepten zur Durchführung dieses Übereinkommens und bei anderen Entscheidungsprozessen in Fragen, die Menschen mit Behinderungen betreffen, führen die Vertragsstaaten mit den Menschen mit Behinderungen, einschließlich Kindern mit Behinderungen, über die sie vertretenden Organisationen enge Konsultationen und beziehen sie aktiv ein.

Artikel 29 der UN-Behindertenrechtskonvention zum Thema **Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben** regelt:

Die Vertragsstaaten garantieren Menschen mit Behinderungen die politischen Rechte sowie die Möglichkeit, diese gleichberechtigt mit anderen zu genießen, und verpflichten sich,

a) sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können, sei es unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter oder Vertreterinnen, was auch das Recht und die Möglichkeit einschließt, zu wählen und gewählt zu werden; unter anderem

i) stellen sie sicher, dass die Wahlverfahren, -einrichtungen und -materialien geeignet, zugänglich und leicht zu verstehen und zu handhaben sind;

ii) schützen sie das Recht von Menschen mit Behinderungen, bei Wahlen und Volksabstimmungen in geheimer Abstimmung ohne Einschüchterung ihre Stimme abzugeben, bei Wahlen zu kandidieren, ein Amt wirksam innezuhaben und alle öffentlichen Aufgaben auf allen Ebenen staatlicher Tätigkeit wahrzunehmen, indem sie gegebenenfalls die Nutzung unterstützender und neuer Technologien erleichtern;

iii) garantieren sie die freie Willensäußerung von Menschen mit Behinderungen als Wähler und Wählerinnen und erlauben zu diesem Zweck im Bedarfsfall auf Wunsch, dass sie sich bei der Stimmabgabe durch eine Person ihrer Wahl unterstützen lassen;

b) aktiv ein Umfeld zu fördern, in dem Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten mitwirken können, und ihre Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten zu begünstigen, unter anderem

i) die Mitarbeit in nichtstaatlichen Organisationen und Vereinigungen, die sich mit dem öffentlichen und politischen Leben ihres Landes befassen, und an den Tätigkeiten und der Verwaltung politischer Parteien;

ii) die Bildung von Organisationen von Menschen mit Behinderungen, die sie auf internationaler, nationaler, regionaler und lokaler Ebene vertreten, und den Beitritt zu solchen Organisationen.

Vision

Im Landkreis Mainz - Bingen gibt es flächendeckend Gremien und Organisationen, in denen Menschen mit Behinderung ihre Interessen wirkungsvoll vertreten können. Sie sind besonders in Gremien der Gemeinden und des Landkreises vertreten. Die Selbsthilfe behinderter Menschen ist fester Bestandteil der Gesellschaft.

Ziele

Behinderte Menschen sollen ihre Interessen selbst vertreten können. Dabei arbeitet der Landkreis Mainz - Bingen eng zusammen mit dem Kreisbeirat zur Teilhabe behinderter Menschen, den Verbänden behinderter Menschen, mit den kommunalen Beiräten und Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Bewohnerinnen- und Bewohnervertretungen von stationären Einrichtungen und Werkstattbeiräten. Das kurz- und mittelfristige Ziel des Landkreises ist das Empowerment, die Stärkung behinderter Menschen, vor allem behinderter Frauen und Mädchen. Dazu bezieht sie die Behindertenselbsthilfe in den Umsetzungsprozess der UN-Behindertenrechtskonvention mit ein und unterstützt die Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt darin, die (politische) Partizipation behinderter Frauen und Mädchen zu verbessern.

Maßnahmen

Zum Erreichen dieser Ziele werden im Landkreis Mainz-Bingen folgende Maßnahmen (mit entsprechender Zuständigkeit und Zeitvorgabe) festgelegt:

Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeitlicher Rahmen	Gute Beispiele
Installation weiterer Behindertenbeiräte im Landkreis Mainz-Bingen	Kommunen Kreisbehindertenbeauftragter	Kontinuierlich Neue Beiräte 2010 in VG Sprendlingen, Bingen und Nieder - Olm	Bestand in VG Bodenheim, Gau-Algesheim, Budenheim
Aufbau Verbund Behindertenhilfe Mainz und Mainz-Bingen	Fachbereich Eingliederungshilfe LK, Fachbereich Eingliederungshilfe Mainz unterschiedliche Anbieter	seit Dezember 2009 kontinuierlich	gemeinsame Abstimmung regionaler Planungen
Beratung für behinderte Menschen in Fragen zu persönlicher Assistenz, Wohnen, Arbeit, Barrierefreiheit etc.	ZSL - Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen Mainz e.V	kontinuierlich	Kreisverwaltung Ingelheim
Beratung für behinderte Migrantinnen und Migranten	ZSL - Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen Mainz e.V Kreisbeigeordnete Jugend + Soziales	kontinuierlich	GIB – Projekt Gesundheitliche Integration behinderter und chronisch kranker Migranten
Unterstützung von Menschen mit Behinderung bei der Mitwirkung in Gremien zur Interessenvertretung	u.a. WFB Fertigung & Service		

3.8 Mobilität und Barrierefreiheit

Artikel 9 der UN-Behindertenrechtskonvention zum **Thema Barrierefreiheit** regelt:

(1) Um Menschen mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen, treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen mit dem Ziel, für Menschen mit Behinderungen den gleichberechtigten Zugang zur physischen Umwelt, zu Transportmitteln, Information und Kommunikation, einschließlich Informations- und Kommunikationstechnologien und -systemen, sowie zu anderen Einrichtungen und Diensten, die der Öffentlichkeit in städtischen und ländlichen Gebieten offenstehen oder für sie bereitgestellt werden, zu gewährleisten. Diese Maßnahmen, welche die Feststellung und Beseitigung von Zugangshindernissen und -barrieren einschließen, gelten unter anderem für

a) Gebäude, Straßen, Transportmittel sowie andere Einrichtungen in Gebäuden und im Freien, einschließlich Schulen, Wohnhäusern, medizinischer Einrichtungen und Arbeitsstätten;

b) Informations-, Kommunikations- und andere Dienste, einschließlich elektronischer Dienste und Notdienste.

(2) Die Vertragsstaaten treffen außerdem geeignete Maßnahmen,

a) um Mindeststandards und Leitlinien für die Zugänglichkeit von Einrichtungen und Diensten, die der Öffentlichkeit offenstehen oder für sie bereitgestellt werden, auszuarbeiten und zu erlassen und ihre Anwendung zu überwachen;

b) um sicherzustellen, dass private Rechtsträger, die Einrichtungen und Dienste, die der Öffentlichkeit offen stehen oder für sie bereitgestellt werden, anbieten, alle Aspekte der Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen berücksichtigen;

c) um betroffenen Kreisen Schulungen zu Fragen der Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen anzubieten;

d) um in Gebäuden und anderen Einrichtungen, die der Öffentlichkeit offenstehen, Beschilderungen in Brailleschrift und in leicht lesbarer und verständlicher Form anzubringen;

e) um menschliche und tierische Hilfe sowie Mittelspersonen, unter anderem Personen zum Führen und Vorlesen sowie professionelle Gebärdensprachdolmetscher und -dolmetscherinnen, zur Verfügung zu stellen mit dem Ziel, den Zugang zu Gebäuden und anderen Einrichtungen, die der Öffentlichkeit offen stehen, zu erleichtern;

f) um andere geeignete Formen der Hilfe und Unterstützung für Menschen mit Behinderungen zu fördern, damit ihr Zugang zu Informationen gewährleistet wird;

g) um den Zugang von Menschen mit Behinderungen zu den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und -systemen, einschließlich des Internets, zu fördern;

h) um die Gestaltung, die Entwicklung, die Herstellung und den Vertrieb zugänglicher Informations- und Kommunikationstechnologien und -systeme in einem frühen Stadium zu fördern, sodass deren Zugänglichkeit mit möglichst geringem Kostenaufwand erreicht wird.

Artikel 20 der UN-Behindertenrechtskonvention zum **Thema Mobilität** regelt:

Die Vertragsstaaten treffen wirksame Maßnahmen, um für Menschen mit Behinderungen persönliche Mobilität mit größtmöglicher Unabhängigkeit sicherzustellen, indem sie unter anderem

a) die persönliche Mobilität von Menschen mit Behinderungen in der Art und Weise und zum Zeitpunkt ihrer Wahl und zu erschwinglichen Kosten erleichtern;

b) den Zugang von Menschen mit Behinderungen zu hochwertigen Mobilitätshilfen, Geräten, unterstützenden Technologien und menschlicher und tierischer Hilfe sowie Mittelspersonen erleichtern, auch durch deren Bereitstellung zu erschwinglichen Kosten;

c) Menschen mit Behinderungen und Fachkräften, die mit Menschen mit Behinderungen arbeiten, Schulungen in Mobilitätsfertigkeiten anbieten;

d) Hersteller von Mobilitätshilfen, Geräten und unterstützenden Technologien ermutigen, alle Aspekte der Mobilität für Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen.

Vision

Im Landkreis Mainz - Bingen sind Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen und eine gleichberechtigte Mobilität Standard. Behinderte Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen sind selbstverständlich in den Städten und Gemeinden unterwegs und gehören zum Bild gesellschaftlichen Lebens.

Ziele

Das mittelfristige Ziel des Landkreises Mainz - Bingen ist die umfassende Barrierefreiheit als Grundlage für die Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Dazu gehören im Bereich Mobilität und Barrierefreiheit:

- Barrierefreiheit als Ziel bei allen Baumaßnahmen des Landkreises,
- Barrierefreiheit als Vorgabe bei allen vom Landkreis bezuschussten Baumaßnahmen,
- Barrierefreiheit der Dienstgebäude,
- Förderung der Mobilität von Menschen mit Behinderung durch Sicherstellung der Barrierefreiheit (Nutzung baulicher und sonstiger Anlagen, technischer Gebrauchsgegenstände).

Außerdem wird angestrebt, die Fahrzeuge des Schienenpersonennahverkehrs, der Bahnsteiganlagen und deren Zugang schrittweise barrierefrei zu gestalten.

Maßnahmen

Zum Erreichen dieser Ziele werden im Landkreis Mainz-Bingen folgende Maßnahmen (mit entsprechender Zuständigkeit und Zeitvorgabe) festgelegt:

Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeitlicher Rahmen	Gute Beispiele
Fortschreibung der Broschüren „Barrierefreie Gastronomie- und Hotelleriebetriebe“, „Barrierefreie Arzt, Zahnarzt - und therapeutische Praxen“, „Barrierefreie WC-Anlagen“	Kreisbehindertenbeauftragter, Kreisbehindertenbeirat, Kreisdienste	2010/2011	Vorliegende Broschüren teilweise bereits seit 2004
Neuaufgabe Broschüre Merkblatt „Barrierefreies Bauen und Gestalten“ nach Verabschiedung der neuen DIN 18040	Kreisbehindertenbeauftragter Kreisbehindertenbeirat Kreisdienste	Herbst 2010	Vorliegende Broschüren bereits seit 2004
Schulung des Kreisbehindertenbeirates über die neue DIN 18040 und die Novellierung der Landesbauordnung	Kreisbehindertenbeauftragter	2010/2011	Schulungen bereits in 2003
Auszeichnung vorbildlicher barrierefreier Gebäude	Kreisbehindertenbeauftragter Kreisdienste	2010/2011	Aktionen bereits 2004 und 2007
Ausweitung von Zielvereinbarungen „Barrierefreier Handel“	LAG Selbsthilfe Kreisbeigeordnete Jugend + Soziales Kreisbehindertenbeauftragter	Kontinuierlich	Globus Gensingen – erneuert 2/2010, EDEKA -Markt Nieder-Olm 5/2010, EDEKA Gau – Algesheim - 2010
Merkblatt über Hinweise zum barrierefreien ÖPNV	Kreisbehindertenbeauftragter Kreisdienste	2010/2011	

Bearbeitung aller öffentlichen Bauvorhaben zum Zwecke der Barrierefreiheit	Kreisbehindertenbeauftragter	Kontinuierlich	ca. 100 Bauplanungen jährlich
Unterstützung in der Erhebung und Zusammenfassung bestehender barrierefreier öffentlicher Gebäude	Verbandsgemeinden und Städte des Kreises Kreisbehindertenbeauftragter	Kontinuierlich	Broschüre barrierefreier öffentlicher Gebäude der VG Nieder-Olm, Veröffentlichungen VG Gau – Algesheim und VG Nierstein – Oppenheim, VG Bodenheim
Durchführung von Ortsbegehungen zur Feststellung und Beseitigung von baulichen Barrieren und Problembereichen in den Ortsgemeinden	Kreisbehindertenbeauftragter Verbandsgemeinden und Städte des Kreises	Kontinuierlich	diverse Ortsbegehungen seit 2000
Barrierefreiheit für alle Dienstgebäude der Kreisverwaltung Mainz – Bingen ist realisiert mit Aufzügen, barrierefreien WC – Anlagen und barrierefreier Zugänglichkeit	Kreisbehindertenbeauftragter Abteilung Schulen und Gebäudemanagement FB Gebäudemanagement Kreisbeigeordneter für Bauen und Schulen	Kontinuierlich	Kreisverwaltung, Zulassungsstellen Gesundheitsamt
Verkauf von Euro-Schlüsseln für barrierefreie WC - Anlagen	CfB (Club Behinderter und ihrer Freunde e.V.), BSK (Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V.), Kommunen	Kontinuierlich	CfB, BSK, Kreisverwaltung, VG Bodenheim, VG Nieder – Olm VG Rhein-Nahe

3.9. Barrierefreie Kommunikation und Information

Artikel 9 der UN-Behindertenrechtskonvention zum **Thema Barrierefreiheit** regelt:

(1) Um Menschen mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen, treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen mit dem Ziel, für Menschen mit Behinderungen den gleichberechtigten Zugang zur physischen Umwelt, zu Transportmitteln, Information und Kommunikation, einschließlich Informations- und Kommunikationstechnologien und -systemen, sowie zu anderen Einrichtungen und Diensten, die der Öffentlichkeit in städtischen und ländlichen Gebieten offen stehen oder für sie bereitgestellt werden, zu gewährleisten. Diese Maßnahmen, welche die Feststellung und Beseitigung von Zugangshindernissen und Zugangsbarrieren einschließen, gelten unter anderem für

a) Gebäude, Straßen, Transportmittel sowie andere Einrichtungen in Gebäuden und im Freien, einschließlich Schulen, Wohnhäusern, medizinischer Einrichtungen und Arbeitsstätten;

b) Informations-, Kommunikations- und andere Dienste, einschließlich elektronischer Dienste und Notdienste.

(2) Die Vertragsstaaten treffen außerdem geeignete Maßnahmen,

a) um Mindeststandards und Leitlinien für die Zugänglichkeit von Einrichtungen und Diensten, die der Öffentlichkeit offenstehen oder für sie bereitgestellt werden, auszuarbeiten und zu erlassen und ihre Anwendung zu überwachen;

b) um sicherzustellen, dass private Rechtsträger, die Einrichtungen und Dienste, die der Öffentlichkeit offenstehen oder für sie bereitgestellt werden, anbieten, alle Aspekte der Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen berücksichtigen;

c) um betroffenen Kreisen Schulungen zu Fragen der Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen anzubieten;

d) um in Gebäuden und anderen Einrichtungen, die der Öffentlichkeit offen stehen, Beschilderungen in Brailleschrift und in leicht lesbarer und verständlicher Form anzubringen;

e) um menschliche und tierische Hilfe sowie Mittelspersonen, unter anderem Personen zum Führen und Vorlesen sowie professionelle Gebärdensprachdolmetscher und Gebärdendolmetscherinnen, zur Verfügung zu stellen mit dem Ziel, den Zugang zu Gebäuden und anderen Einrichtungen, die der Öffentlichkeit offen stehen, zu erleichtern;

f) um andere geeignete Formen der Hilfe und Unterstützung für Menschen mit Behinderungen zu fördern, damit ihr Zugang zu Informationen gewährleistet wird;

g) um den Zugang von Menschen mit Behinderungen zu den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und -systemen, einschließlich des Internets, zu fördern;

h) um die Gestaltung, die Entwicklung, die Herstellung und den Vertrieb zugänglicher Informations- und Kommunikationstechnologien und -systeme in einem frühen Stadium zu fördern, sodass deren Zugänglichkeit mit möglichst geringem Kostenaufwand erreicht wird.

Artikel 21 der UN-Behindertenrechtskonvention zum **Thema Meinung und Information** regelt:

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen das Recht auf freie Meinungsäußerung und Meinungsfreiheit, einschließlich der Freiheit, Informationen und Gedankengut sich zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben, gleichberechtigt mit anderen und durch alle von ihnen gewählten Formen der Kommunikation im Sinne des Artikels 2 ausüben können, unter anderem indem sie

a) Menschen mit Behinderungen für die Allgemeinheit bestimmte Informationen rechtzeitig und ohne zusätzliche Kosten in zugänglichen Formaten und Technologien, die für unterschiedliche Arten der Behinderung geeignet sind, zur Verfügung stellen;

b) im Umgang mit Behörden die Verwendung von Gebärdensprachen, Brailleschrift, ergänzenden und alternativen Kommunikationsformen und allen sonstigen selbst gewählten zugänglichen Mitteln, Formen und Formaten der Kommunikation durch Menschen mit Behinderungen akzeptieren und erleichtern;

c) private Rechtsträger, die, einschließlich durch das Internet, Dienste für die Allgemeinheit anbieten, dringend dazu auffordern, Informationen und Dienstleistungen in Formaten zur Verfügung zu stellen, die für Menschen mit Behinderungen zugänglich und nutzbar sind;

d) die Massenmedien, einschließlich der Anbieter von Informationen über das Internet, dazu auffordern, ihre Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen zugänglich zu gestalten;

e) die Verwendung von Gebärdensprachen anerkennen und fördern.

Vision

Im Landkreis Mainz – Bingen können alle Menschen barrierefrei an Informationen und an der Kommunikation teilhaben. Das Zwei – Sinne - Prinzip bei der Gestaltung von Informationen findet Beachtung. Zeitungen sind auch zum Hören da und akustische Ansagen sind auch lesbar. Eine bürgernahe und leicht verständliche Sprache sowie der Einsatz von Gebärdensprache und Kommunikationshilfen sorgen dafür, dass Informationen von allen gleichberechtigt genutzt werden können und Kommunikation ohne Barrieren stattfinden kann.

Ziele

Das mittelfristige Ziel des Landkreises ist die umfassende Barrierefreiheit als Grundlage für die Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Dazu gehört, einen gleichberechtigten Zugang zu Information und Kommunikation zu gewährleisten und über barrierefreie Angebote zu informieren.

Maßnahmen

Zum Erreichen dieser Ziele werden im Landkreis Mainz-Bingen folgende Maßnahmen (mit entsprechender Zuständigkeit und Zeitvorgabe) festgelegt:

Maßnahmen	Zuständigkeit	Zeitlicher Rahmen	Gute Beispiele
Unterstützung der Kommunen beim Aufbau von Internetplattformen für behindertenrelevante Informationen	Kreisbehindertenbeauftragter Verbandsgemeinden und Städte des Kreises	kontinuierlich	VG Gau-Algesheim 2009, VG Bodenheim 2010, VG Rhein-Nahe 2010
Barrierefreie Internetplattform des Landkreises Mainz - Bingen	EDV - Abteilung	kontinuierlich	Landkreis 2009
Bericht über Maßnahmen zur Modellregion „Barrierefreies Rheinhessen“	Kreisdienste	Fortschreibung 2010/2011	Berichterstattung in 2005 und 2007

3.10. Sonstige Ziele und Maßnahmen

Übergeordnetes Ziel des Aktionsplans der Landesregierung ist die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Rheinland-Pfalz. Entscheidend dabei ist die Bewusstseinsbildung innerhalb der Verwaltung und nach außen.

Artikel 8 der UN-Behindertenrechtskonvention zum **Thema Bewusstseinsbildung** regelt

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, sofortige, wirksame und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um

a) in der gesamten Gesellschaft, einschließlich auf der Ebene der Familien, das Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen zu schärfen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern;

b) Klischees, Vorurteile und schädliche Praktiken gegenüber Menschen mit Behinderungen, einschließlich aufgrund des Geschlechts oder des Alters, in allen Lebensbereichen zu bekämpfen;

c) das Bewusstsein für die Fähigkeiten und den Beitrag von Menschen mit Behinderungen zu fördern.

(2) Zu den diesbezüglichen Maßnahmen gehören

a) die Einleitung und dauerhafte Durchführung wirksamer Kampagnen zur Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit mit dem Ziel,

i) die Aufgeschlossenheit gegenüber den Rechten von Menschen mit Behinderungen zu erhöhen,

ii) eine positive Wahrnehmung von Menschen mit Behinderungen und ein größeres gesellschaftliches Bewusstsein ihnen gegenüber zu fördern,

iii) die Anerkennung der Fertigkeiten, Verdienste und Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen und ihres Beitrags zur Arbeitswelt und zum Arbeitsmarkt zu fördern;

b) die Förderung einer respektvollen Einstellung gegenüber den Rechten von Menschen mit Behinderungen auf allen Ebenen des Bildungssystems, auch bei allen Kindern von früher Kindheit an;

c) die Aufforderung an alle Medienorgane, Menschen mit Behinderungen in einer dem Zweck dieses Übereinkommens entsprechenden Weise darzustellen;

d) die Förderung von Schulungsprogrammen zur Schärfung des Bewusstseins für Menschen mit Behinderungen und für deren Rechte.

Vision

Die Menschen im Landkreis Mainz - Bingen leben miteinander als Gemeinschaft der Vielfalt und im Respekt vor ihrer Individualität. Sie sind aufmerksam für die kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse und Rechte von Menschen mit Behinderung.

Ziele

Es ist Anliegen des Landkreises Mainz - Bingen, die Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention dadurch einzubeziehen, dass ihre Ziele bekannt werden.

4 Umsetzungsstrukturen: Koordinierungsmechanismus und Anlaufstelle

In der UN-Behindertenrechtskonvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sind in Artikel 33 Maßnahmen zur innerstaatlichen Durchführung und Überwachung des Übereinkommens enthalten. Nach dieser Maßgabe wird die Anlaufstelle für den Landkreis Mainz – Bingen in dem Geschäftsbereich Jugend und Soziales angesiedelt. Die Anlaufstelle ist für Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Durchführung der UN-Behindertenrechtskonvention zuständig.

Die Aufgabe des Koordinierungsmechanismus nach der UN-Behindertenrechtskonvention nimmt im Landkreis Mainz - Bingen die Kreisbeigeordnete für Jugend und Soziales wahr. In Kooperation mit dem Kreisbehindertenbeauftragten unterstützt sie die Durchführung der Maßnahmen der Landesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Kreisbeirat zur Teilhabe behinderter Menschen ist selbstverständlich; die Anregungen und Empfehlungen des Kreisbehindertenbeirates werden mit einbezogen.

Der Aktionsplan des Landkreises Mainz - Bingen soll regelmäßig aktualisiert und ergänzt werden. Er wird Grundlage zur Berichterstattung in den zuständigen Gremien werden.

IMPRESSUM

Herausgeber: Landkreis Mainz - Bingen
Geschäftsbereich Jugend und Soziales
Georg- Rückert – Str. 11
55218 Ingelheim
www.mainz-bingen.de

November 2010